



Oberflächenabdichtung Altdeponie Butzweilerstraße Köln-Ossendorf

Besprechung, 30.06.2011, 11:00 Uhr

Protokoll

Teilnehmer:

| | | |
|---|--------------------|--|
| ✓ | Herr Bisschopinck | Stadt Köln, Untere Landschaftsbehörde |
| ✓ | Frau Brammen-Petry | Stadt Köln, Umwelt- und Verbraucherschutzamt |
| ✓ | Herr Depmeyer | melchior + wittpohl Ingenieurgesellschaft |
| ✓ | Frau Kasper | Bezirksregierung Köln, Dezernat 52 Abfallwirtschaft |
| ✓ | Frau Küchenhoff | Stadt Köln, Untere Landschaftsbehörde |
| ✓ | Herr Liebmann | Stadt Köln, Umwelt- und Verbraucherschutzamt |
| ✓ | Frau Marx | Bez.reg. Köln, Dez. 51 Natur- und Landschaftsschutz, Fischerei |
| ✓ | Herr Meisenburg | Stadt Köln, Umwelt- und Verbraucherschutzamt |
| ✓ | Herr Dr. Melchior | melchior + wittpohl Ingenieurgesellschaft |
| ✓ | Herr Ortseifen | Bezirksregierung Köln, Dezernat 54 Wasserwirtschaft |
| ✓ | Frau Scholler | Büro L.A.U.B. |
| ✓ | Herr Thelen | Bezirksregierung Köln, Dezernat 52 Abfallwirtschaft |
| ✓ | Herr Thome | Bezirksregierung Köln, Dezernat 52 Abfallwirtschaft |
| ✓ | Herr Vive | Stadt Köln, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen |

| | |
|-----------|---|
| 1. | Begrüßung und Veranlassung |
| | <p>Herr Liebmann begrüßt die Anwesenden.</p> <p>Frau Brammen-Petry erläutert Veranlassung und die Ziele der Besprechung. Ende 2009 wurde den beteiligten Fachbehörden die Vorplanung der Oberflächenabdichtung der Altdeponie Butzweilerstraße vorgestellt und abgestimmt. Auf der Grundlage der abgestimmten Vorplanung wurden die weiteren Leistungsphasen der Planung in einem VOF-Teilnahmewettbewerb ausgeschrieben und an die Planungsgemeinschaft melchior + wittpohl Ingenieurgesellschaft / Dr. Born – Dr. Ermel Ingenieure / L.A.U.B. vergeben. Die Planungsgemeinschaft hat auf der Grundlage der Vorplanung und der Aufgabenbeschreibung des Teilnahmewettbewerbs die Entwurfsplanung erstellt, deren aktueller Stand in der Besprechung vorgestellt und diskutiert werden soll, bevor die Planungsgemeinschaft die Entwurfsplanung mit Erstellung des Berichts zur Entwurfsplanung abschließt.</p> |
| 2. | Vorstellung der Entwurfsplanung |
| | <p>Die Planungsgemeinschaft stellt den aktuellen Stand der Entwurfsplanung anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, vor.</p> <p>Herr Depmeyer erläutert folgende Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Bestand / Ablagerungsgrenze 2. Oberflächenabdichtungssysteme 3. Kubatur und Entwässerung |

| | |
|------------|---|
| | <p>4. Infrastruktur 5. Bauablauf</p> <p>Herr Dr. Melchior erläutert die passive Entgasung / Methanoxidation.</p> <p>Frau Scholler stellt den Landschaftspflegerischen Begleitplan mit dem artenschutzrechtlichen Beitrag sowie die Grün- und Gestaltungsplanung vor.</p> |
| 3. | Fachliche Diskussion der Entwurfsplanung |
| | <p>Die Diskussion zeigt, dass die Entwurfsplanung die abgestimmte Vorplanung wie vereinbart fortführt. Folgende Themen wurden über die Inhalte der Präsentation hinaus ergänzend diskutiert:</p> |
| 3.1 | Deponietechnik |
| | <p>Herr Thelen merkt an, dass die Vorplanung konsequent umgesetzt wurde. Aus technischer Sicht hinterfragt er den Einsatz von Dränmatten als Entwässerungsschicht. Herr Dr. Melchior erläutert, dass ein hydraulischer Nachweis geführt wird und der untere Bereich des Unterbodens vollflächig als Sandschicht ausgeführt werden soll, so dass selbst bei unerkannten Verlegefehlern ein Abfluss in der Sandschicht gegeben ist. Aufgrund der geringen Böschungsneigungen ist die Standsicherheit des Oberflächenabdichtungssystems von der Funktion der Entwässerungsschicht unabhängig, so dass der Einsatz einer Dränmatte auch diesbezüglich unkritisch ist.</p> <p>Herr Thelen regt an, den Einsatz von Geogittern als vorbeugende Maßnahme zur Vermeidung von setzungsbedingten Schäden am Abdichtungssystem des Rückhalte- teichs zu prüfen. Die Planungsgemeinschaft hat aufgrund der vorliegenden Untergrundaufschlüsse keine Hinweise auf zu erwartende große Setzungsunterschiede in diesem Bereich, wird die Unterlagen diesbezüglich aber nochmals sichten. An die erforderliche Tragfähigkeit des profilierten Abfallkörpers sowie des Dichtungsauf-lagers werden im Qualitätsmanagementplan entsprechende Anforderungen gestellt.</p> |
| 3.2 | Wasserrechtliche Belange |
| | <p>Herr Ortseifen weist seitens des Dezernats Wasserwirtschaft der Bezirksregierung Köln darauf hin, dass die Qualität des in der fertigen Oberflächenabdichtung anfallenden Oberflächenwassers vor der Versickerung untersucht werden soll. Herr Ortseifen würde es ferner begrüßen, wenn in der Versickerung Nord auf den Schluckbrunnen als Notüberlauf verzichtet würde. Die Planungsgemeinschaft erläutert, dass die normale Funktion der Versickerung Nord vom Schluckbrunnen unabhängig ist. Der Schluckbrunnen bietet lediglich eine zusätzliche Sicherheit für die Ableitung von Extremereignissen für den Fall, dass die Geländeoberfläche zwischen den Pflegeintervallen durch Laubauf-lage oder ähnliches eine reduzierte Infiltrationsfähigkeit aufweisen sollte. In einem solchen Fall könnte der Verzicht auf den Schluckbrunnen für einen zeitlich etwas höheren und längeren Wasserüberstau der Versickerungsfläche führen. Frau Brammen-Petry möchte den Schluckbrunnen als Reserve für Extremereignisse gern weiter als Gegenstand der Planung und Ausführung wissen.</p> |
| 3.3 | Landschaftspflegerische und artenschutzrechtliche Belange |
| | <p><u>Abstimmung des Bauablaufs auf die artenschutzrechtlichen Erfordernisse</u></p> <p>Frau Marx weist darauf hin, dass die neuen Laichbiotope für die Kreuzkröten in den ersten Bauabschnitten hergestellt werden müssen, bevor die bestehenden Biotope durch die Baumaßnahme zerstört werden. Das Fangen und Umsiedeln erfolgt üblicherweise während der Laichzeit von (Mitte) April bis (Mitte) Juli . Die vorgestellte</p> |

Entwurfsplanung berücksichtigt dies.

Zugänglichkeit Rückhalteteich

Herr Bisschopinck schlägt vor, dass die Zugänglichkeit des Ufers am Rückhalteteich durch eine abschirmende Gestaltung des Bewuchses stärker eingeschränkt wird, damit Störungen vor allem für die Avifauna vermieden werden. L.A.U.B. wird dies in der Grünplanung der Uferbereiche, melchior + wittpohl in Bezug auf die konstruktive Gestaltung der Überlaufschwelle zur Versickerung Nord berücksichtigen.

Faunistische Erhebung

Im artenschutzrechtlichen Beitrag werden die planungsrelevanten Arten auf der Grundlage der Faunistischen Kartierung (Raskin 2007) beurteilt. Herr Bisschopinck erläutert, dass die dargestellten planungsrelevanten Arten Leitcharakter für weitere potentiell vorkommende Vogelarten haben. Maßnahmen, die Beeinträchtigungen des Lebensraumes vermeiden bzw. neue Strukturen schaffen, sind nicht nur für den Feldschwirl (Leitart) sondern auch für andere Vogelarten, wie z.B. den Fitis wirksam. Es wird daher bezüglich der faunistischen Erhebung, vorbehaltlich der abschließenden Prüfung der Unterlagen, kein Ergänzungsbedarf gesehen.

Bilanzierung von Eingriff und Ausgleich

Die Bilanzierung von Eingriffen und Kompensationsmaßnahmen wurde auf Grundlage des numerischen Bewertungsrahmens LANUV 2008 erstellt. Überprüft wurde die Bilanzierung nach dem Bewertungsrahmen der Stadt Köln.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass sich zwar ein geringes rechnerisches Kompensationsdefizit ergibt, das jedoch unter Berücksichtigung der Fläche als Sonderstandort vernachlässigt werden kann. Grundsätzlich kann dem Nachweis der Kompensation auf der Fläche durch alle Beteiligten zugestimmt werden.

Frau Marx ergänzt, dass alle Bilanzierungsmethoden Hilfskonstruktionen mit unvermeidlichen methodischen Unschärfen sind und beide Bewertungsverfahren zur Überprüfung geeignet sind. Sie bewertet die vorgestellte Planung, vorbehaltlich der abschließenden Prüfung nach Vorlage der Unterlagen, wie folgt: Das Kompensationskonzept des Landschaftspflegerischen Begleitplanes ist geeignet, die zu erwartenden Eingriffe zu kompensieren und dabei hochwertige Lebensräume herzustellen. Die artenschutzrechtlichen Belange wurden sowohl hinsichtlich der Vermeidungsmaßnahmen als auch der vorgezogenen Maßnahmen in Bezug auf den Bauablauf berücksichtigt. Auch das Pflegekonzept und der übergeordnete Nutzen der Baumaßnahme (Grundwasserschutz) sind positiv zu bewerten und sollten verbal argumentativ in der Bilanzierung erläutert werden.

Pflegekonzept

Herr Bisschopinck weist darauf hin, dass die Ruderalflächen nach einem Entwicklungszeitraum vermutlich häufiger als alle vier Jahre gemäht werden müssen, da sich ansonsten die Sukzession aufgrund von unvermeidbaren Nährstoffeinträgen in eine unerwünschte Richtung entwickeln würde. Im Maßnahmenkonzept erfolgt der Hinweis auf eine langfristige Pflege der Fläche; die vorgeschlagenen Pflegemaßnahmen sind den Erfordernissen und der Entwicklung der Fläche anzupassen.

Frau Küchenhoff fragt nach der Zeitdauer der Pflege, die im Pflegekonzept berücksichtigt werden soll. Frau Brammen-Petry erläutert, dass die Pflege in der gesamten Nachsorgephase durch die Stadt Köln durchzuführen ist und ein Ende der Nachsorge

| | |
|-----------|---|
| | bisher weder festgelegt wurde noch aus derzeitiger Sicht zeitlich definiert werden kann. Herr Vive weist darauf hin, dass das Pflegekonzept die Verpflichtung zur Pflege enthalten muss, damit die Finanzierung der Pflege gesichert wird. |
| 4. | Genehmigungsverfahren |
| | <p>Frau Brammen-Petry erläutert, dass die Stadt Köln ein abfallrechtliches Plangenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung nach § 31 Krw/AbfG für die Stilllegung der Deponie bei der Bezirksregierung Köln beantragen wird. Sie geht davon aus, dass die Vorprüfung nach UVPG keine erheblichen nachteiligen Einwirkungen durch die Maßnahme ergeben wird, da die Eingriffe in die Landschaft am Standort ausgeglichen werden, durch den Baustellenverkehr keine Wohngebiete betroffen sind und die Oberflächenabdichtung dem Grundwasserschutz dient.</p> <p>Frau Kasper merkt an, dass die Maßnahme ggf. aus rechtlicher Sicht automatisch einer UVP-Pflicht unterliegt. Sie wird dies prüfen und das Ergebnis ihrer Prüfung Frau Brammen-Petry schriftlich mitteilen.</p> <p>Herr Thelen führt aus, dass durch den Wechsel von der 2009 vereinbarten Anzeige nach § 36 KrwAbfG zur Plangenehmigung nach § 31 KrwAbfG aus seiner Sicht zwingend folge, dass der Stand der Technik und mithin die DepV 2009 anzuwenden sei.</p> <p>Frau Brammen-Petry widerspricht dieser Einschätzung und weist darauf hin, dass seit der Vorplanung keine Veränderung des Standes der Technik eingetreten sei und die DepV 2009 für die Stilllegung der Altdeponie nicht gelte. Sie erinnert an das Ergebnis der Vorstellung der Grundlagenermittlung und Vorplanung und zitiert das Protokoll vom 24.09.2009:</p> <p><i>„Herr Thelen stellt für das Dezernat Abfallwirtschaft der Bezirksregierung Köln klar, dass die Maßnahme rechtlich nicht unter die Deponieverordnung fällt. Es wird ein technisch dichtes System gefordert, dessen Aufbau nicht a priori durch abfallrechtliche Vorgaben festgelegt ist, sondern nach Ermessen gestaltet werden kann.“</i></p> <p>Herr Thelen entgegnet, dass dies aufgrund des Wechsels von der Anzeige nach § 36 zur Plangenehmigung nach § 31 nicht mehr zutreffend sei.</p> |
| 5. | Weiteres Vorgehen |
| | Die Planungsgemeinschaft wird die Entwurfsplanung der im Ergebnis der Vorplanung entwickelten Aufgabenbeschreibung entsprechend abschließen. |

Aufgestellt:

Dr. Stefan Melchior, Planungsgemeinschaft, melchior + wittpohl Ingenieurgesellschaft

Verteiler (per mail): Teilnehmer